

Neue Zürcher Zeitung vom 13.07.2015, Seite 13:

Fundiertes Know-how

Gastkommentar von Kuno Hämisegger und Alena Weibel

Vor kurzem war die Schweiz Schauplatz eines professionell inszenierten Medienhypes. Wochenlang wurden wir bombardiert mit immer neuen Facetten derselben dünnen Nachricht. Es ging um Kasachstan und Lobbying. Inzwischen ist die Karawane weitergezogen. Gelegenheit, uns ernsthaft mit dem Lobbying zu befassen.

«Solange man die Informationen mit Personen teilt, die am politischen Diskurs in der Schweiz teilnehmen, ist dies oft sogar wertvoll.» Ist dies die dreiste Meinung eines düsteren «Einflüsterers» zum Thema Kommissionsgeheimnis im Bundeshaus? Tatsächlich stammt das Zitat von einem Medienschaffenden. Was sollen wir daraus lesen? Dass sich die Bundeshausmedien mit der Hysterie um das Kommissionsgeheimnis gerade selber vom Informationsfluss abgeschnitten haben und nun mit allerlei Tricks wieder daran andocken möchten? Quasi mit einer Heiligsprechung dauerhaft zu Amts- und Kommissionsgeheimnisverletzungen anstiften zu dürfen?

Beginnen wir von vorne. Wer sind die legitimen Teilnehmer am politischen Diskurs in der Schweiz? Die Medien sehen sich gerne als den einzigen Player mit ehrenvollen Absichten. Sie alleine handeln im Allgemeininteresse – durch ihre unablässige Aufklärungsarbeit zugunsten der Wahrheit und damit des Volkes. Auch in der Verwaltung herrscht ein Selbstbild der altruistischen Dienerin im Volksinteresse. Auf der andern Seite stehen die klassischen Lobbyisten und die als mehr oder weniger würdelos hingestellten Partikularinteressen: Wirtschafts- und andere Verbände, Gewerkschaften, Bauern, Unternehmen, PR-Firmen.

In der öffentlichen Diskussion wird das Einzelinteresse als eigensüchtig stigmatisiert; nur das Allgemeininteresse hat den Segen, politisch gestaltend mitwirken zu dürfen. Doch gemacht: Wie entsteht es eigentlich, das Volksinteresse? Wir sagen: Am politischen Prozess Teilnehmende ohne eigene Interessen gibt es nicht. Wer das Gegenteil behauptet, betreibt schlaue kaschierte Interessenpolitik. Bedeutet das, dass die Schweizer Politik am Volksinteresse vorbeipolitisiert? Ein Lastwagenfahrer, ein staugeplagter Autopendler, ein Lokführer, ein Fahrradfahrer und Landschaftsschützer diskutieren beim Jassen über die Verkehrspolitik. Gibt es ex ante einen Punkt im politischen Raum, der das gemeinsame verkehrspolitische Interesse der vier Jasser abbildet? Einen Punkt also, der alle Einzelinteressen maximiert? Entspräche dieser Punkt dem allgemeinen Volksinteresse? Und wie entdeckten die vier Jasser diesen Punkt?

Ein solcher im Voraus bestimmter Punkt existiert natürlich nicht. Das Volksinteresse kann einzig durch Diskurs entstehen. Womit sich die eingangs aufgeworfene Frage wieder stellt: Wer nimmt daran wie teil? Bilden unsere vier Jasser das gesamte Volksinteresse ab?

Kaum! Je breiter die Teilnehmerschaft, desto zuverlässiger wird das «Allgemeininteresse» durch den Diskurs angenähert. Voraussetzung: ein offener, transparenter Prozess, verbunden mit der eigenverantwortlichen Pflicht aller Interessen, daran teilzunehmen. Der Teilnehmerkreis jedenfalls wird nicht durch die Medien diktiert. Auch nicht durch die Regierung.

Das ist ja gerade das Erfolgsrezept der Schweiz: ihr fein ziselierter Bottom-up-Aufbau. Die Initiativ- und Referendumsmöglichkeiten führen dazu, dass das Ergebnis des parlamentarischen Prozesses das Volksinteresse bestmöglich abbilden muss. Es ist also nicht so, dass das Volksinteresse durch Einzelinteressen korrumpiert wird. Vielmehr kann es nur durch die dialektische Auseinandersetzung der Einzelinteressen überhaupt erreicht werden. Dabei ist das Parlament die Plattform des Interessenausgleichs.

Um in dieser Dialektik zu bestehen, müssen sich die einzelnen Interessen stringent manifestieren. Die Schlüsselaufgabe der Parlamentarier ihrerseits ist es, die Qualität von Vorlagen und Argumenten rasch zu erfassen, um für den horizontalen und vertikalen Interessenausgleich sorgen zu können. Vor allem aber muss sie der Wille zur Lösungsfindung auszeichnen. Auf diese Weise wird das Volksinteresse so nahe wie möglich getroffen.

Ist dies nicht der Fall, wird der Souverän vermehrt Gebrauch von seinen institutionellen Möglichkeiten machen und dadurch Hinweise geben, dass er die Polit-Maschinerie in eine andere Richtung steuern soll. Den Lobbyisten aller Couleur obliegt dabei eine stringente und transparente Darlegung ihrer Argumentationslinien, um dem Parlament seinen Teil der Aufgabe – die Würdigung und Umsetzung – zu ermöglichen. Ein intensiver, offener Austausch zwischen Parlament und Lobbys ist ein Zeichen für eine vife Zivilgesellschaft, die dadurch qualitativ hochwertigere und politisch marktfähigere Produkte herstellt.

Die Fähigkeit zur wirkungsvollen Bewältigung von gesetzgeberischen Problemen liegt für ein Land also darin, dass private und staatliche Akteure gemeinsam und lösungswillig am Entscheidungsprozess mitarbeiten. Glücklicherweise ist es in der Schweiz so, dass dieser Idealvorstellung durch unsere institutionellen Gegebenheiten auf die Sprünge geholfen wird.

Bei technisch immer unzugänglicheren Materien ist es unerlässlich, dass Interessenvertreter auf fundiertes Know-how zurückgreifen können, um ihrer Verantwortung überhaupt gerecht werden zu können. In der Regel können das nur Verbände mit vielschichtigen Netzwerken und durchgehenden informationellen Wertschöpfungsketten. Ihre staatlichen Gegenüber müssen analog fundiert aufgestellt sein.

Wir haben den schweizerischen Gesetzesgestaltungsprozess aufgezeigt, ohne die Medien zu berücksichtigen. Ihnen obläge es, politische Sachverhalte einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Eine Aufgabe, der sie offenbar in der immer komplexer werdenden Welt zusehends weniger gewachsen sind. Stattdessen suchen sie

Zuflucht in Skandalisierung und Personalisierung, was der Herstellung hochwertiger politischer Produkte abträglich ist.

Kuno Hämisegger ist Delegierter für Public Affairs Schweiz und Alena Weibel Leiterin Political Issues Schweiz bei der Schweizerischen Bankiervereinigung.

©NZZ